

Der Wald verdient unseren ganzen Schutz



ÖKONOMIE TRIFFT AUF ÖKOLOGIE

„Unsere heutige Gesellschaft stellt hohe Ansprüche an den Wald.“ So steht es in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der FDP. Korrekterweise müsste es heißen: „Verschiedenste Interessengruppen streiten sich um unser Holz“. Die einen wollen mit dem baden-württembergischen Forst die Natur retten, die anderen das Klima, die Wirtschaft ihre Umsätze und die Landesregierung ihre Hoheit. Ökonomie trifft auf Ökologie, Fakten auf Wunschvorstellungen. Aber das ist unter Grün-Schwarz ja nichts Neues.

UNSTILLBARER HUNGER DER CHINESEN

Während die FDP sich Sorgen um die Formulierungen im Koalitionsvertrag machen, haben die Natur, Gerichtsurteile und die Chinesen Tatsachen geschaffen. „Es zeigt sich vor allem eines: Der Wald ist zum Politikum geworden. Da passt es natürlich sehr gut, dass Formfehler dafür sorgen, dass die Landesregierung auch weiterhin kräftig an der Holzwirtschaft mitverdienen kann.“ Kostendeckend wolle man nun seine Dienste Waldbesitzern anbieten. „Das bedeutet nichts anderes als eine kräftige Erhöhung der Gebühren für Waldbesitzer, wenn sie das Forstpersonal des Landes in Anspruch nehmen – oder nehmen müssen. Manche Gemeinden rechnen gar mit 50 Prozent mehr Ausgaben für die gleiche Leistung“.

EIN STÜCK LEBENSQUALITÄT

Bis 2020 sollen zehn Prozent der Waldfläche in Baden-Württemberg unberührt sein und bleiben. „So schön das für Menschen, Bäume und Tiere auch ist, hat es einen erheblichen Nachteil: Unbewirtschaftete Waldflächen werfen logischerweise kaum zu verarbeitendes Holz ab, das sich gewinnbringend vertreiben ließe.“ Und dann waren da noch die Chinesen, die einen beinahe unstillbaren Hunger nach Holz haben. „Kanada und einige andere Länder haben die Ausfuhr nach China bereits eingeschränkt oder gar gestoppt. Der Wald, vor allem in unserem schönen Bundesland, ist mehr als nur eine Ansammlung von Bäumen. Für viele Bürger ist er ein Stück Lebensqualität und verdient unseren ganzen Schutz.“

IHR ARBEITSKREIS FÜR LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ



UDO STEIN MdL

Wahlkreis Schwäbisch Hall, Jäger, Arbeitskreisvorsitzender Ländlicher Raum & Verbraucherschutz, Jagdpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

Der Erhalt unserer Kulturlandschaft liegt mir sehr am Herzen. In Zeiten von Windkraftwahn und vermehrt ideologiegeprägter Politik setze ich mich dafür ein, dass unter Verwendung von logischem Sachverstand unser schönes Landschaftsbild nicht zerstört, sondern erhalten und gepflegt wird.
udo.stein@afd.landtag-bw.de



STEFAN HERRE MdL

Der jüngste Abgeordnete im Land wurde 1992 in Balingen geboren. Mit 18,1 Prozent, dem besten Ergebnis im Regierungsbezirk Tübingen, gelang ihm auf Anhieb der Sprung in den Landtag. Stefan Herre fühlt sich seiner Heimat, dem Zollernalbkreis, eng verbunden. Die Belange der Bürger im Ländlichen Raum liegen ihm sehr am Herzen, weshalb er seine politische Arbeit voll und ganz darauf ausgerichtet hat. Auch die Landwirtschaft und die Natur zählen zu seinen Kernthemen.

stefan.herre@afd.landtag-bw.de



THOMAS AXEL PALKA MdL

Die Zukunft seiner Kinder und Enkel ist ihm wichtig! Darum engagiert sich Thomas Palka für Kreis und Land: Bei der Kommunalwahl 2014 kandidierte Thomas Palka erfolgreich für den Heilbronner Kreistag. 2016 wurde er mit 18,3% der Stimmen für die AfD in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Die Menschen im Ländlichen Raum dürfen nicht weiter in Gesundheit, Pflege und Infrastruktur vernachlässigt werden. Dafür setzen wir uns ein!

thomasaxel.palka@afd.landtag-bw.de

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Tel. 0711-20635696
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de

WIR SIND BEREIT!



Für Baden-Württemberg



AfD



IHR ARBEITSKREIS FÜR LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ



AfD

1% bekommt 22% Agrarsubventionen: AfD-BaWü fordert Prämienobergrenze



DIE AfD-FRAKTION BEKLAGT DEN MASSIVEN STRUKTURWANDEL IM LAND

Es gibt heute in BW 70% weniger Bauern als noch vor 30 Jahren. Hinzu kommt, dass auf 24% des Ackerlandes Mais steht. Das bedeutet viel Gülle, wenig Unkraut, viel Erosion, große Monotonie, wenig Ökologie; eine katastrophalere Bilanz von über 50 Jahren europäischer und nationaler Agrarpolitik ist kaum vorstellbar. Die 320 größten, das sind gerade mal 0,1 % aller Betriebe, bekommen über 5% aller Zahlungen, durchschnittlich pro Betrieb eine knappe halbe Million, (486.000 Euro); viele davon sind LPG-Nachfolger in den neuen Ländern oder im Besitz von Industriellen.

22 % von den 3Mrd., die jährlich als Flächensubvention gezahlt werden, das sind 669 Mio. Euro, gehen an die 1% größten Betriebe.

So bleiben für die unteren 20%, die 64.000 kleinsten Betriebe nur 1% der Flächensubventionen übrig. Das Hauptargument für die Gemeinsame Agrarpolitik, die Einkommensstützung für die Landwirte, ist ad absurdum geführt, wenn der Großteil des Geldes an die von Haus aus profitablen Großbetriebe geht.

DER ARBEITSKREIS LÄNDLICHER RAUM DER AfD-FRAKTION FORDERT DAHER EINE SOFORTIGE UMKEHR DIESER POLITIK!

Wir haben hierzu bereits einen Antrag (Drucksache 16/2653) eingereicht. Eine „Obergrenze“ von z.B. 150.000 Euro pro Betrieb wäre für uns denkbar und keine revolutionäre Forderung, sondern ist nach EU-Recht möglich und wird heute schon von den Ländern Belgien (Flandern), Irland, Österreich, Polen, Nordirland praktiziert, Ungarn kappt bei 176.000. Gleichzeitig wäre es vom EU-Recht her möglich das so freierwerdende Summe auf die kleineren Bauern umzuschichten.

Insgesamt wäre es so möglich von den gesamt fast 5 Mrd. Flächensubventionen 28%, oder knapp 1,4 Mrd. € auf die kleineren Betriebe umzuschichten.

Ungewisse Zukunft für Kleinbauern



Herre: "Tierwohl-Label hilft weder Tier noch Verbraucher"



Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat große Ziele. "Für ihre fragwürdige Beschäftigungstherapie namens 'Tierwohl-Label' hat sie nun die Kriterien bekannt gegeben", erinnert der AfD-Abgeordnete Stefan Herre und verweist auf die Kernaussage Klöckners: "Finanzieren soll diesen Spaß wieder einmal der Verbraucher. So sagte es die Landwirtschaftsministerin unumwunden. Ich habe stets davor gewarnt, dass es am Ende einmal mehr darum geht, dem Bürger noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne dass er einen Mehrwert erhält."



FREIWILLIGE MASSNAHME

Denn das groß propagierte Tierwohllabel ist nicht bindend. Die Teilnahme ist freiwillig. "Statt gesetzliche Regelungen zu schaffen, wird hier monatelang an Kriterien herumgebastelt, die letztendlich niemandem helfen. Nur dem Image der umstrittenen Agrarministerin." Herre vermutet, dass das Kennzeichen der CDU-Politikerin, für das bereits Millionen Steuergelder hinausgeworfen wurden, nur ein weiteres unter vielen anderen nutzlosen sein wird. Und auch wenn der Bürger in der Theorie bereit sei, für den Tierschutz mehr zu bezahlen, "wird es bei vielen an den finanziellen Möglichkeiten scheitern. Diese Tatsache darf man nicht ignorieren, denn die Wirtschaftlichkeit ist gerade für Familien existenziell."

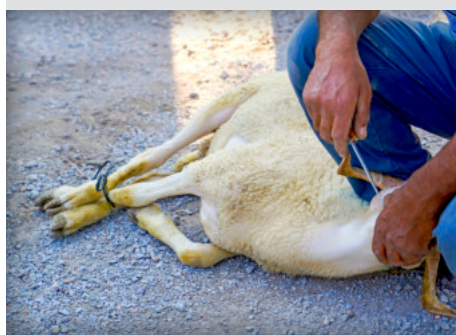
ARMUTSZEUGNIS

Herre spricht sich erneut dafür aus, die Gesetze dort anzupassen, wo Handlungsbedarf besteht. "Anders kann den Tieren nicht geholfen werden, wenn man es denn wirklich will", ahnt Herre und ist überrascht, dass es Klöckner nach Monaten gelungen ist, ausschließlich für Schweine neue Standards zu erfinden, nicht etwa für all die anderen Nutztiere, die hierzulande gehalten werden. "Ein Armutszeugnis einer völlig überforderten Ministerin, die sich auf oberflächliche Marketingmaßnahmen konzentriert statt auf ihre Kernaufgaben", so Herre. Er macht jedoch auch deutlich, "dass wir bereits sehr hohe Anforderungen an die Massentierhaltung haben. Noch höhere Standards vernichten Existenzen. Davon profitiert nur die ausländische Konkurrenz und das kann niemand in Deutschland wollen."

Tierquälerisches Schächten immer noch an der Tagesordnung!



Die AfD-Fraktion hat wiederholt die Landesregierung zum Thema Schlachten ohne Betäubung befragt. Leider hat sich herausgestellt, dass kein wirkliches Interesse für den Tierschutz besteht. Es ist z.B. der Landesregierung nicht bekannt, um wieviel Tiere es geht sowie wo derartige Schlachthöfe existieren. Hingegen sind ihr die Tierzahlen bekannt, welche mit Betäubung in qualifizierten Schlachthöfen geschlachtet werden. Warum dieses zweierlei Maß? Sicher nicht zum Wohl der Tiere. Die Landesregierung verweist lediglich auf die Ausnahmegenehmigung im Tierschutzgesetz, nachdem bestimmte Religionsgemeinschaften die betäubungslose Schlachtung praktizieren dürfen. Derartige Ausnahmegenehmigungen wurden aber bislang nicht von den Behörden erteilt. Das leidige Wegsehen der Landesregierung spiegelt sich auch wieder in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Dort werden derartige Vergehen nicht erfaßt, weil es sich nach dem Tierschutzgesetz bisher nur um eine Ordnungswidrigkeit handelt. Wo bleibt endlich die angeblich so hochgehaltene ethische Verantwortung gegenüber den Tieren?



Wolf und Kulturland passen nicht zusammen



GASTHÖFE ALS SOZIALE ZENTREN AUF DEM LAND:

Gasthaussterben stoppen



Das Gasthaussterben auf dem Land raubt den Dörfern die soziale und kulturelle Mitte: gemeinsames Feiern in Verein und Familie, Stammtische oder auswärtige Besucher haben keinen Treffpunkt mehr. Vereinsheime bieten keinen Ersatz, weil sie meist nur am Wochenende oder Abend geöffnet haben.

GASTHÄUSER DURCH HOHEN MEHRWERTSTEUERSATZ BENACHTEILIGT

Der Minister für den Ländlichen Raum wurde von uns aufgefordert eine Bundesratsinitiative zu starten, die einen

Beim Thema Wolf bedarf es klarer Regulierungen und eine ideologiefreie Herangehensweise an die Thematik:

► **Um Gefahren für Leben, Körper und Eigentum vorzubeugen**, sollte der Wolf auf die Liste der bejagbaren Tiere gesetzt werden. Der Wolf sollte jagdbar werden wie Hirsch und Fuchs. „Kommt es vermehrt zu Schäden durch den Wolf, wie jüngst in der Gemeinde Widdern durch Schafrisse, trete ich für eine schnelle und unbürokratische Hilfe ein. Die Geschädigten dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben, oder allzu lange auf finanzielle Hilfen warten müssen“, positioniert sich Udo Stein – jagdpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion – klar.

► **Wir fordern Rechtssicherheit für alle Jägerinnen und Jäger.** Sie müssen wissen, wie sie sich in einem Notstand verhalten sollen. In Schweden dürfen Jäger einen Wolf bereits erlegen, wenn er im Begriff ist, Hunde oder Nutztiere zu attackieren.

► **Die CDU möge ihre Forderung aus dem Koalitionsvertrag durchsetzen:** „Wir wollen, dass Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich werden, entnommen werden.“

► **Halten wir den Wolf nach Möglichkeit aus unserem dichtbesiedelten Kulturland heraus.**

gravierenden Nachteil der Gastronomie insgesamt beseitigen soll. „Hotellerie, aber auch Caterer und Kantinen werden nur mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent belastet. Ausgerechnet aber die Gastronomie, die wichtige soziale Aufgaben erfüllt, muss zusätzlich zu ihrem hohen Personalaufwand die hohe

Mehrwertsteuerbelastung von 19 Prozent tragen. Weshalb sollten Lebensmittel, die zubereitet werden und dadurch dem Staat schon Lohnsteuer und Lohnnebenkosten bringen, mit dem erhöhten MWSt-Satz belastet werden“.

MINISTER HAUKE MUSS IM BUNDESRAT INITIATIV WERDEN

So, wie die AfD Ende des Jahres 2016 in zehn Landtagen gleichzeitig Gesetzesanträge zur Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags einbrachte, sollte die CDU als Regierungspartei eine entsprechende Initiative zur Senkung der Abgabenlast der Gastronomie starten, wünscht sich Herre. Auch der DEHOGA fordert seit langem, diese einseitige und steuerlich unlogische Benachteiligung der Gastronomie zu beenden.

